

Leserbrief vom 15. Januar 2001

In der Kontroverse um die EU-Mitgliedschaft unseres Landes fährt die Gegnerschaft mit allerlei "Räubergeschichten" auf. Ihre Exponenten lassen sich bisweilen zur Behauptung herreissen, die Befürworter würden Verrat am Schweizervolk begehen! Mit solch blödsinnigen Aussagen möchte man natürlich Ängste schüren. Wie dem auch sei: Ängste gilt es Ernst zu nehmen und so unternehme ich im folgenden den Versuch, mit einigen Gedankengängen der Leserschaft das Gebilde "EU" näherzubringen.

Versetzen wir uns in die Lage eines Appenzellers, was an sich schon ein schwieriges Unterfangen ist! Dieser Appenzeller hat über all die Jahre, seit sich sein Heimatkanton in der Eidgenossenschaft eingefunden hat, seine Eigenheiten bewahrt. Keiner kann ihm seine Identität absprechen. Auch hat dieser Appenzeller in der Schweiz einiges zu sagen, hat er doch in unserem Bundesstaat eine vierzig mal grössere Stimmkraft als ein Zürcher und dies trotz der wirtschaftlichen Überlegenheit des Kantons Zürich. Nicht anders verhält es sich in der EU. Man mag jetzt sagen, dass der Vergleich etwas hinkt. Und dies ganz zu Recht! Die EU ist kein Bundesstaat. Das bedeutet, dass die souveränen Nationalstaaten, die sich in einer Gemeinschaft partnerschaftlich eingefunden haben, um ein vielfaches selbständiger sind, als es der Kanton Appenzell (beider Rhoden) je sein wird! Jedem Mitgliedstaat wird etwa in allen wichtigen Entscheidungen ein Vetorecht vorbehalten und sei es auch nur das kleine Luxemburg. Weiter ist im Rat der Europäischen Gemeinschaft, dem massgebenden Entscheidungsgremium der EU, jeder Mitgliedstaat mit nur einem Abgeordneten vertreten. Ferner verfügt die EU insgesamt über weit weniger Kompetenzen als unser Bund. In der EU ist der Grundsatz der Subsidiarität schon lange ausdrücklich festgeschrieben, was für den Bund bis vor kurzem so nicht galt. Da werden selbst die Appenzeller neidisch!

Ernst zu nehmen ist auch das Problem mit den "Nettozahlern": Dass die Schweiz auf staatlicher Ebene mehr Geld in die EU einzuschliessen hätte, als sie erhalten würde, ist eine Tatsache. Damit ist aber nicht die volkswirtschaftliche Ebene angesprochen. Der ungehinderte Zugang zu den Märkten im gesamten EU-Raum verheisst der schweizerischen Wirtschaft Wachstumschancen und verleiht der Eidgenossenschaft neue Impulse. Am Schluss bleibt ein Gewinn. Die Nettozahlungen wären aber auch ein Beitrag der Schweiz zu der Befriedung Europas. Der EU ist es gelungen, in ihrem Gebiet die Selbstzerstörungswut der Nationen einzudämmen und ein friedliches Zeitalter einzuleiten. Das ist in der Geschichte einmalig! Anzumerken ist noch, dass wir innerhalb der Schweiz mit dem Problem der Nettozahler bestens vertraut sind. Man denke an den eidgenössischen Finanzausgleich. Mir sind keine Fälle bekannt, in denen Kantone, die an den Bund mehr abliefern, als sie von ihm bekommen, sich von der Eidgenossenschaft loslösen wollten!

Zum Schluss noch dies: Wir stehen vor einem Wendepunkt. Die Schweiz wird sich entscheiden müssen, wie sie ihr Verhältnis zur EU weiter ausgestalten will. Diese Situation unterscheidet sich aber nicht so sehr von jener, als unsere Vorfahren den Bund der Eidgenossenschaft eingegangen sind. Auch damals gab es berechtigte Bedenken der Kantone gegen einen Zusammenschluss. Mutig hat man sich aber der Widrigkeiten angenommen. Ich glaube, dass die Schweiz von heute selbstbewusst genug ist, sich in einer Gemeinschaft der Europäer zu behaupten, genau wie es auch die Appenzeller konnten!

Harry Lütolf, Grossrat, Präsident Junge CVP Aargau